

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 29 (1988)  
**Heft:** 24

**Artikel:** Phantom oder Wirklichkeit?  
**Autor:** Baumgartner, Jacques  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094274>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Phantom oder Wirklichkeit?

**Paukenschlag der Geschichte oder Phantom? In den Morgenstunden des 15. November proklamierte Yassir Arafat in Algier «im Namen des Palästinensischen Nationalrates und im Namen des palästinensisch-arabischen Volkes die Gründung eines palästinensischen Staates auf unserem palästinensischen Boden, dessen Hauptstadt Jerusalem ist».**

Ob der neue Staat nicht bloss Papier bleibt, wird in den nächsten Wochen – und möglicherweise Monaten – vorab von der Reaktion der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion abhängen. Der neue Staat, bisher in der arabischen Welt anerkannt, braucht vor allem den Segen der Supermächte. Die bald aus dem Amt scheidende Regierung von Präsident Ronald Reagan in Washington reagierte auf die Erklärung des palästinensischen «Parlaments» im Exil verhalten. Es wird an George Bush sein, sich nach seiner Amtseinführung am 20. Januar mit dem «Problem» zu befassen.

Zu der Unabhängigkeitserklärung haben der Verzicht des jordanischen Königs Hussein II. im vergangenen Sommer auf das Westjordanland und der nun schon ein Jahr andauernde Aufstand («intifada») beziehungsweise der «zivile Ungehorsam» der Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten geführt. Die «Erklärung von Algier» ist die – vorläufige – Erfüllung der Träume der Palästinenser. Sie steht aber auch dafür, dass die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) unter ihrem Chef Yassir Arafat elf Monate benötigte, um

«intifada» in politische Bewegung umzusetzen, das heisst das politische Kapital zu nutzen, das der Aufstand im Westjordanland und im Gasastreifen weltweit für die Palästinenser zusammengebracht hat.

## Geschichte

Der neue Staat wurde auf der Grundlage der Resolution 181 der Vereinten Nationen (UNO) aus dem Jahre 1947 ausgerufen.

1917 marschierten die Briten in Jerusalem ein und beendeten die vierhundertjährige osmanische Herrschaft. In San Remo übertrug 1920 der Völkerbund den Briten das Palästina-Mandat. «In Anerkennung der geschichtlichen Verbundenheit des jüdischen Volkes mit Palästina» forderte der Völkerbund 1922 Grossbritannien auf, «die jüdische Einwanderung und Ansiedlung im Land zu erleichtern». 1937 empfahl eine britische Parlamentskommission der Regierung in London die Teilung (West-)Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat. Die Araber lehnten den Plan ab. 1938 lud Grossbritannien jüdische und arabische politische Anführer zu Verhandlungen über

die arabische Forderung nach einem arabischen Einheitsstaat ab. Am 29. November 1947 wurde der UNO-Teilungsplan angenommen. Laut Yassir Arafat heute war es ein Fehler, den Teilungsplan nicht zu akzeptieren. «Man» sei heute bereit, «den Fehler zu korrigieren».

Mit der Anerkennung der Resolution 181 entsagte das PLO-Exilparlament dem Anspruch auf Gesamtpalästina im historischen Sinne.

## Staatsattribute

Als Staat wird allgemein unter anderem eine politische und soziale Zweckeinheit des «sesshaften Staatsvolkes» innerhalb festgelegter Grenzen verstanden, und zwar unter einer hoheitlichen Gewalt (Staatsgewalt) zur Wahrung gemeinsamer Güter und Interessen. Kurz, ein Staat – wobei dieser nicht identisch ist mit Volk oder Nation – braucht Boden, anerkannte Grenzen, wirtschaftliche Lebensfähigkeit und gegebenenfalls eine Armee.

Viele dieser «Staatsmerkmale» fehlen dem neuen Staat (noch). Das will und soll nicht bedeuten, dass dem palästinensischen Volk sein Staat streitig gemacht werden soll. Als «ausgleichende Gerechtigkeit» wird ein solcher Staat im Nahen Osten von zahlreichen Regierungen als wünschenswert erachtet. Doch gegenwärtig und bis auf weiteres scheint ein friedliches Nebeneinanderleben zwischen jüdischem (Israel) und palästinensischem Staat eher ein Traum zu sein.

Israel hat die «Proklamation» als «bedeutungslos» qualifiziert. Der neuerklärte Staat sei keiner. Nach dem Willen der Israeli dürfte dieser auch keiner werden. In der Erklärung von Algier ist Israel nicht explizit anerkannt worden. Der Palästinensische Nationalrat akzeptierte zwar die UNO-Resolutionen 242 und 338, aber nur unter Vorbehalt:

In der Resolution 242 aus dem Jahre 1967 wird Israel zum Rückzug aus «Gebieten, die im jüngsten Konflikt (Sechstagekrieg) besetzt wurden», aufgefordert. Weiter heisst es in dieser Entschliessung: «... Verzicht auf jedes Kriegsziel und Beendigung des Zustands, Respektierung und Anerkennung der Souveränität, der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit aller Staaten und ihres Rechts, in Frieden inner-

### Palästinenser

Die Zahl der Palästinenser wird auf 5,8 Millionen geschätzt. Davon leben 800 000 in Israel, 900 000 im Westjordanland, 550 000 im Gasastreifen, 1,7 Mio in Jordanien, 350 000 in Libanon, 225 000 in Syrien, 400 000 in Kuwait, 250 000 in Saudi-Arabien, 70 000 im Irak, 60 000 in Ägypten, 25 000 in Libyen und 425 000 ausserhalb des Nahen Ostens.

Palästina ein; die Araber lehnten abermals ab. Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchten die Briten erneut ein Abkommen zustande zu bringen, das sowohl für die Araber als auch für die Juden annehmbar war. Ihre Bemühungen schlugen fehl. Sie übergaben das Problem Anfang 1947 der UNO.

Eine UNO-Sonderkommission empfahl die Teilung und damit die Gründung von zwei selbständigen Staaten. Diese beiden, ein jüdischer und ein arabischer Staat, sollten in einer Wirtschaftsunion zusammengeschlossen werden mit Jerusalem als Enklave. Die arabischen Staaten proklamierten ein dreifaches Nein: keine Teilung, keine weitere jüdische Einwanderung und kein jüdischer Staat. Die UNO-Generalversammlung wies

## In dieser Nummer

- Sajudis für Litauen** ..... 4  
Ein Mitmacherbericht über die bewegten Tage der Volksfrontgründung
- CH-Rubrik** ..... 7  
Die wehrhaften Schweizer trotzten den Nazis, rühmt ein polnisches Buch
- Weissrussland kommt ins Gesichtsfeld** ..... 8  
Selbst im Reservat der altbackenen Sowjetordner bewegt sich heute viel
- So ist Kuba** ..... 10  
Ein kühler Report aus der Warschauer «Polityka»
- In Kürze** ..... 16  
Nehmt euch die Schweiz zum Vorbild, mahnt «Prawda» die Balten

halb sicherer und anerkannter Grenzen frei von Drohungen oder Gewaltakten zu leben . . .»

Israel weist darauf hin, dass die PLO in der Erklärung von Algier mit keinem Wort dem Terror – die PLO versteht ihrerseits darunter Widerstandskampf – eine Absage erteilt. Die Proklamation sei «doppeldeutig» und ein «Manöver», um auf politischem Weg zu erreichen, was «einem mit Gewalt versagt geblieben ist», nämlich die Zerstörung des jüdischen Staates.

Die UNO-Resolution 338 vom 22. Oktober 1973 ruft «alle» am Nahostkonflikt beteiligten Parteien zu Verhandlungen «unter geeigneter Schirmherrschaft» auf. Darauf pocht die PLO. Die Regierung in Washington ist enttäuscht. Von der PLO war eine «grossherzige Friedensgeste» erwartet worden, das heisst eine ausdrückliche Anerkennung Israels. 1975 verpflichteten sich die Vereinigten Staaten gegenüber Israel, so lange mit der PLO nicht «zu reden», bis diese dem Terror abschwört und die Existenzberechtigung des jüdischen Staates eindeutig akzeptiert. ■

## DER KOMMENTAR

### Angola/Namibia

**Die Verhandlungsteilnehmer aus Angola, Kuba und Südafrika brachen einem Dutzend Champagnerflaschen den Hals, um das Zustandekommen eines provisorischen Abkommens zu feiern. In Genf einigte «man» sich unter amerikanischer Vermittlung am 15. November auf die Rahmenbedingungen für Frieden in Angola und Unabhängigkeit für Namibia/Südwestafrika.**

Die Verhandlungen begannen vor einem halben Jahr. Das grösste Hindernis, das Festlegen eines Zeitraums, in dem sich die nahezu 60 000 kubanischen Soldaten aus Angola zurückziehen, scheint umschifft worden zu sein.

Die Regierungen in Havanna, Luanda und Pretoria billigten unterdessen das in Genf ausgehandelte «Provisorium». Anfang Dezember soll in Brazzaville das Abkommen unterzeichnet, der Zeitplan des kubanischen Abzugs bekanntgegeben werden.

Der Abzug der Kubaner dürfte auf einem amerikanischen Vorschlag basieren und sich über 24 (27?) Monate erstrecken. Dafür sprechen auch Äusserungen südafrikanischer Offiziere in Windhuk, wonach Namibia – einstmals deutschkaiserliche Kolonie – nicht vor 1991 verlassen werde. Verwaltet wird Namibia seit 73 Jahren von Südafrika, seit 1966 gegen den Willen der Vereinten Nationen (UNO).

Innerhalb von sieben Monaten nach Beginn des «phasenweisen» Abzugs der Kubaner aus Angola soll in Namibia unter UNO-Aufsicht eine verfassunggebende Versammlung gewählt werden, das Land seine Unabhängigkeit erlangen.

Formell war der Bürgerkrieg in Angola kein Verhandlungsgegenstand der Friedensgespräche. Gegen die von den Kubanern an der Macht gehaltene – nicht gewählte – Regierung der MPLA (= KP) kämpft seit dreizehn Jahren die Nationale Union für die

völlige Unabhängigkeit Angolas (Unita). Bis anhin weigerte sich MPLA-Präsident José Eduardo dos Santos, mit der Unita zu verhandeln. Doch scheint er unter zunehmendem Druck afrikanischer Staaten zu stehen, sich mit Unita-Chef Jonas Malheiro Savimbi auszusöhnen. Kürzlich «deutete» dos Santos in einem Interview mit «Libération» (Paris) an, Gespräche seien «denkbar»: «Ich wünsche einen ehrenhaften Frieden für alle, auch für Savimbi.»

Laut dem südafrikanischen Aussenminister, Roelof F. Botha, ist die amerikanische Regierung dahin von Pretoria unterrichtet worden, dass es in der Region keinen Frieden geben werde (und damit wahrscheinlich auch keine Unabhängigkeit für Namibia), solange das MPLA-Regime die Versöhnung verweigere. Südafrika besteht auf der Überwachung des kubanischen Rückzugs. In einer ersten Phase sollen sich die Kubaner 240 km von der namibischen Grenze zurückziehen, innerhalb dreier Monate 400 km bis zur Benguela-Eisenbahnlinie. Diese teilt Angola hälftig. Ein MPLA-Angola im Norden, ein Unita-Angola im Süden?

In den vergangenen Jahren ist die namibisch-angolanische Bürde wirtschaftlich für Südafrika nahezu unerträglich geworden. Die gegen Südafrika verhängten Sanktionen wirken doch. Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum beträgt 1,4 Prozent, derweil die schwarze Bevölkerung (etwa 28 Millionen derzeit) jährlich um 3 Prozent zunimmt. Um genügend Arbeitsplätze zu schaffen, wäre ein Wirtschaftswachstum von jährlich 5 Prozent nötig. Der Schuldendienst verschlingt das Erarbeitete; Südafrika ist im Ausland mit 22 Milliarden Dollar verschuldet.

Das Abkommen zwischen Havanna, Luanda und Pretoria hat auch eine geopolitisch-strategische Komponente: Der Rückzug der Kubaner aus Angola dürfte zur Folge haben, dass die marxistisch-leninistische Ideologie in manchen schwarzafrikanischen Staaten noch mehr an Glanz verliert . . . Zurück bleibt ein Land in Trümmern. *jb*

## LIEBE LESER

Auf Seite 7 finden Sie unter «Zusammenhänge» die Zusammenfassung und Würdigung einer «Prawda»-Berichterstattung über Armenien. Das war noch vor dem erneuten Ausbruch von Pogromen gegen die Armenier in Aserbaidschan, die dargetan haben, wie schutzbedürftig die Armenier, die unter der Herrschaft der Turkvölker leben, tatsächlich sind. Und die Herrschaft der Sowjetmacht? Sie ist im Transkaukasus heute nahezu auf den Belagerungszustand angewiesen, um sich zu behaupten, ein Zeichen dafür, wie weit die Erosion der zentralen Autorität gediehen ist.

Im Konflikt zwischen den beiden Völkern vertritt Moskau sozusagen das vernünftige Prinzip, die schlichtende Instanz im Interesse aller Beteiligten. Allerdings gilt das nicht uneingeschränkt. Die Stimme der Vernunft würde glaubhafter tönen, wenn sie nicht – wie gehabt – der Unterschlagung von Fakten bedürfte, um ihre Botschaft anzubringen. Ebenso ist die vorgezeigte Allseitigkeit und Ausgeglichenheit der Massnahmen irreführend, denn sie wird der Schlageseitigkeit der realen Situation nicht gerecht. Es sind nämlich zur grossen Hauptsache die Armenier, welche bedroht sind, und es sind die Aserbaidschaner, die «Türken», welche sich als wildgewordene Schlächter aufführen. In diesem Sinn wiederholt sich die Geschichte, und die gleichgewichtige Einführung des Ausnahmezustands in Baku und Jerewan widerspricht dem vorhandenen Ungleichgewicht der Lage.

Indessen braucht Moskau die Pseudotugend der Überparteilichkeit aus Gründen der Staatsräson. Es würde anders seinen Beschluss desavouieren, Karabach bei Aserbaidschan zu belassen, und es hat ferner auf die Gefühle der Moslembevölkerung vorsorglich Rücksicht zu nehmen, denn da ist die potentielle Anfechtung noch weit grösser als im Falle der Armenier.

Auf ganz andere, aber durchaus fundamentale Art zeigt sich die Anfechtung im Baltikum. Unser Bericht auf Seite 4 gibt die Atmosphäre wieder, aber noch verblüffender ist die Umfunktionierung der Institutionen. Estland hat mitsamt seiner eigenen KP eigenmächtig eine Reihe von gesamtsozialistischen Gesetzen der Bedingung unterworfen, dass sie in Estland selbst gutgeheissen werden müssten, um verbindlich zu sein. Das Präsidium des Obersten Sowjets in Moskau hat diesen Beschluss für unstatthaft erklärt. Das ist als zahme Reaktion einzusehen; noch vor kurzem hätte man die blossen Antragsteller auf eine solche estnische Unabhängigkeit als Verräter vor Gericht gestellt, in aller Selbstverständlichkeit.

Die nationale Frage ist eine Zerreisprobe nicht nur für die Perestrojka, sondern schlechterdings für die Sowjetunion.  
*Christian Brügger*